

Kritikos, Alexander

Article

Nach der Wahl in Thüringen: Verhältnisse fast wie in Italien

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kritikos, Alexander (2019) : Nach der Wahl in Thüringen: Verhältnisse fast wie in Italien, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 86, Iss. 44, pp. 814-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2019-44-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/206668>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



ALEXANDER KRITIKOS

Nach der Wahl in Thüringen: Verhältnisse fast wie in Italien

Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Leiter der Forschungsgruppe Entrepreneurship am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Kaum ein Wahlabend vergeht derzeit, ohne dass das Bild vom Erdrutsch bemüht werden muss. Dieser Wahlsonntag unterscheidet sich von den vorherigen dennoch erheblich: Linke und AfD kommen zusammen auf 54,4 Prozent, die „ehemaligen West-Parteien“ sind mit 40,2 Prozent in der Minderheit – nie zuvor hat es das in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands bei einer Landtagswahl gegeben.

Was die Linke und die AfD grundsätzlich eint, ist die hohe Zustimmung durch Wählerinnen und Wähler aus Haushalten mit geringen Einkommen, und das vor allem in Kreisen, in denen auch die durchschnittlichen Haushaltseinkommen niedrig sind. Beides kommt in Thüringen besonders häufig vor.

Die AfD erzielt zudem im Durchschnitt umso bessere Ergebnisse, je mehr strukturelle Veränderungen anstehen – also dort, wo vielen Menschen ein Arbeitsplatzverlust etwa in Folge der Digitalisierung droht, ebenso wie in Kreisen, die mit Abwanderung zu kämpfen haben und in denen überdurchschnittlich viele ältere Menschen leben. Auch diese beiden Faktoren kommen in Thüringen ähnlich häufig vor wie in Sachsen und Brandenburg und erklären, warum die Partei trotz des faschistoiden Gesäusels ihres Spitzenkandidaten so viel Zuspruch erhält.

Bisher hat die Große Koalition im Bund es weitgehend vermieden, die Herausforderungen anzugehen, die sich aus den anhaltenden strukturellen Veränderungen in Wirtschaft und Demografie ergeben. Die Regierungsparteien im Bund gingen wohl davon aus, dass die deutsche Exportmaschine es ihnen möglich macht, tiefgreifende Strukturreformen zu vermeiden. Gleichzeitig ignorierten SPD wie CDU, auch wenn sie in den ostdeutschen Ländern an der Regierung waren, die notwendigen Investitionen für den Erhalt der lokalen Infrastruktur wie Schulen, öffentliche Verkehrsmittel, Krankenhäuser, Bürgerämter und Polizeistationen. Im Gegenteil, als die jungen Menschen weggingen, wurden viele Einrichtungen geschlossen. Diese Selbstzufriedenheit ermöglichte es der AfD, sich vor allem auf lokaler Ebene vor Ort als „Kümmerer“ um die vernachlässigte Bevölkerung zu gerieren.

Rein theoretisch könnten Linke und AfD nun eine Regierung bilden, die an die jüngst gescheiterte Koalition in Italien aus Fünf-Sterne-Bewegung und Lega Nord erinnert. Dass es soweit nicht kommen wird, ist dem Spitzenkandidaten der Linken, Bodo Ramelow, zu verdanken. Der als Pragmatiker geltende amtierende Ministerpräsident hat letztlich die Politik seiner Vorgänger in Thüringen fortgesetzt. Bestes Beispiel: Gemeinsam mit seinem aus CDU-Zeiten stammenden Wirtschaftsförderer konnte er einen chinesischen Investor nach Thüringen holen, der ein Unternehmen mit 2 000 Arbeitsplätzen aufbauen möchte. Genau solche Erfolge dürften dafür gesorgt haben, dass Ramelow aus der Regierungsverantwortung heraus sogar ein Stimmenzuwachs gelungen ist. Das verdeutlicht auch, wie heterogen die Linke als Partei ist: In ihr sind Leute in Amt und Würden, deren Politik eher wie spätkommunistische Rache am Kapitalismus anmutet, man denke an die ersten Ausgestaltungen des Berliner Mietendeckels. Zum anderen gibt es die für manche in der Linken wahrscheinlich schwer nachvollziehbaren Ansätze Bodo Ramelows, sich um „kapitalistische Investoren“ zu kümmern.

Damit nun eine Regierungsbildung in Thüringen möglich wird, gleichzeitig italienische Verhältnisse verhindert werden, müssen also FDP oder CDU entweder bereit sein, in eine Koalition mit der Linken zu gehen oder diese alternierend zu tolerieren. Vor allem für ersteres würde es tektonischer Verschiebungen bedürfen. Die Linke müsste sich über Thüringen hinaus glaubwürdig auf Ramelows Linie einlassen und sich insbesondere zur sozialen Marktwirtschaft bekennen. FDP oder CDU werden dann Ballast abwerfen und akzeptieren müssen, dass die Linke ebenso wie die Grünen in der demokratischen Mitte angekommen ist. Wie es dann mit der AfD in Thüringen in den nächsten fünf Jahren weitergehen wird, hängt maßgeblich davon ab, inwieweit in den strukturschwachen Regionen die Grundversorgung und die digitale Infrastruktur gestärkt wird, weitere private Investitionen ins Land geholt und mehr und bessere Bildungsangebote für diejenigen entwickelt werden, die vom digitalen Strukturwandel betroffen sind.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 30. Oktober 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Katharina Wrohlich

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter